

„Aus Sicht von arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich bringt der neue Entwurf des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes zwar minimale kosmetische Veränderungen, allerdings keine Verbesserungen in Bezug auf die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt mit sich“



Wir dürfen das Ziel einer existenzsichernden Beschäftigung für alle nicht aus den Augen verlieren!

In vorliegendem Entwurf des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes ist die „Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialem Ausschluss“ nicht mehr als Ziel formuliert. Ebenso wie der erste beinhaltet der zweite Entwurf Maximalbeträge anstelle einer Sicherung des Mindesten, verschärfte Zugangsbestimmungen und Arbeitspflicht anstelle adäquater Unterstützungsmodelle für Menschen, die darum kämpfen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und sieht Arbeitsverpflichtungen ohne entsprechende faire monetäre Vergütung vor. Damit wird eine arbeitsmarktpolitische Lawine losgetreten, die alle Arbeitssuchenden treffen kann, wie die Hartz Reformen in Deutschland uns vor Augen halten.

„Menschen wollen arbeiten, ihr Können und ihre Erfahrungen unter Beweis zu stellen, ihr Selbstwertgefühl stärken, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten erweitern – dazu brauchte es adäquate Modelle der (Re-) Integration“

Vorliegender Entwurf präsentiert sich als vermeintlich neues Konzept, das die „Arbeitsbereitschaft fördern“ und einen innovativen Konnex zum Arbeitsmarkt darstellen soll - um die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu erhalten, mussten erwerbsfähige Personen allerdings auch bereits bisher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Lediglich 1/3 der derzeitigen Bezieher*innen der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist erwerbsfähig (2/3 sind Pensionist*innen, Kinder oder chronisch krank). Die 30-jährige Erfahrung von **arbeit plus** im arbeitsmarktpolitischen Kontext in Österreich zeigt ganz klar: Erwerbsarbeitslosigkeit entsteht nicht aufgrund mangelnden Arbeitswillens, sondern aufgrund struktureller Gegebenheiten. Um benachteiligten Menschen in Österreich eine Chance am Arbeitsmarkt sowie Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen braucht es:

- gerechte Entlohnung statt „1,5 € Jobs“,
- die Weiterentwicklung und Umsetzung von Modellen der stufenweisen (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt statt Kürzungen und einer allgemeinen Arbeitspflicht, die keine Rücksicht auf individuelle Voraussetzungen nimmt,
- längerfristige und nachhaltige Arbeitsplätze für benachteiligte Menschen am Beispiel der Sozialen Unternehmen statt Segmentierung.

„Der vorliegende Entwurf muss im Kontext einer immer restriktiveren Arbeitsmarktpolitik verstanden werden und ist Teil eines explosiven Gesamtpaketes“

Die vorgelegten Einschnitte in der Sozialhilfe wirken nicht losgelöst von den bereits stattgefundenen Kürzungen des Budgets des Arbeitsmarktservices (AMS) und der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie sind eng verwoben mit den angekündigten Änderungen im Rahmen des „Arbeitslosengelds NEU“ (Auflösung der Notstandshilfe im Arbeitslosengeld), strengeren Sanktionen oder der Verschärfungen von Zumutbarkeitsbestimmungen bei Arbeitssuchenden. Somit sind sie Teil eines explosiven Gesamtpaketes, das Menschen durch zusätzlichen Druck und Existenzängste weiter an den Rand des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft drängt.

arbeit plus fordert daher arbeitsmarktpolitische Beschäftigungs-, Beratungs- und Qualifizierungsangebote, die Perspektiven eröffnen und soziale Systeme entlasten indem sie langzeitarbeitslose Menschen befähigen, selbstbestimmt zu leben, Qualifizierungen nachzuholen, Deutsch zu lernen, Arbeit zu finden und diese nachhaltig zu behalten.

arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich

Geschäftsführerin Judith Pühringer, Herklotzgasse 21/3, 1150 Wien, www.arbeitplus.at
Rückfragen: martina.koenighofer@arbeitplus.at, 0699/ 18 10 24 33